

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wiedemannsche Buchdruckerei  
Verlagsnummer: 22 241  
Ausg. Nr. 20011  
Schiffstraße 1. Druckerei: Wiedemannsche  
Verlag: K. L. Wiedemann

Belegpreis bei Abnahme von 100 Bl. 2.00 Mk. (Schiffstraße 100 Wg. im  
Ergebnis), bei 200 Bl. 3.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 1000 Bl. 10.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 2000 Bl. 18.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 3000 Bl. 25.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 4000 Bl. 32.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 5000 Bl. 38.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 6000 Bl. 45.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 7000 Bl. 52.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 8000 Bl. 58.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 9000 Bl. 65.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)  
bei 10000 Bl. 72.00 Mk., einschließlich 10 Wg. (Schiffstraße 100 Wg.)

Druck u. Verlag: Wiedemannsche Buchdruckerei  
Verlag: K. L. Wiedemann  
Schiffstraße 1. Druckerei: Wiedemannsche  
Verlag: K. L. Wiedemann

## Deutsches Memorandum an die Tributgegner

Deutschlands Lage aufs äußerste zugespitzt - Unverzüglicher Zusammentritt des Sonderausschusses nötig

### Auch die Privatschulden müssen geregelt werden Und dennoch reiner Tisch!

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Nov. Das von der Reichsregierung  
bereits Anfang Juni d. J. war die deutsche Regierung zu  
der Überzeugung gelangt, daß sie trotz härtester De-  
sation der staatlichen Ausgaben und wiederholter Er-  
höhung der Steuerlasten außerstande sein werde, die  
Zahlung der Annuitäten des Neuen Planes fortzusetzen.

Es lautet: Die deutsche Regierung stellt hiermit den  
Antrag, daß die V. S. in Basel den im Neuen Plan des  
Dezernenten vom 20. Januar 1930 vorgeschlagenen  
Beratenden Sonderausschuss einberuft. Ueber

Ursache und Zweck dieses Antrages  
beehrt sich die deutsche Regierung folgendes auszuführen:  
Bereits Anfang Juni d. J. war die deutsche Regierung zu  
der Überzeugung gelangt, daß sie trotz härtester De-  
sation der staatlichen Ausgaben und wiederholter Er-  
höhung der Steuerlasten außerstande sein werde, die  
Zahlung der Annuitäten des Neuen Planes fortzusetzen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands  
war schon damals auf das ernstlichste bedroht.

Die deutsche Regierung hatte sich deshalb entschlossen, die  
notwendigen Schutzmaßnahmen aus dieser Lage zu ziehen.  
Diesem Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des  
Dezernenten der Vereinigten Staaten von Amerika,  
die einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen  
aus Schulden der Regierungen, Reparationen und Wieder-  
aufbaukosten vorschlug. Der Zweck dieser weitblickenden  
Initiative war, wie es in der Erklärung hieß, zur Wieder-  
herstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den  
politischen Frieden sowie die wirtschaftliche Stabilität in der  
Welt zu fördern; den Schuldnerstaaten sollte Zeit zur  
Wiederherstellung ihrer nationalen Prosperität gegeben  
werden.

Die Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine entscheidende  
Wendung in der Weltkrise herbeiführen werde, hat  
sich nicht verwirklicht. Die weiteren Ereignisse hatten  
zur Folge, daß das Hooverjahr für sich allein die  
Gefahr des Zusammenbruchs nicht bannen  
konnte.

Die britische Regierung erteilte daher im Juli die Initiative  
zur Einberufung der Londoner Konferenz. Aus den  
Empfehlungen der Konferenz ergab sich die Verlängerung  
des von der Reichsbank gewährten Rediskontkredits, das so-  
genannte Baseler Stillhalteabkommen und der Bericht des  
von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ein-  
gesetzten Baseler Sachverständigenausschusses.

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine  
schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem  
ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur.  
Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlussklärung  
festgehalten, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein  
erster Schritt seien und daß sie die Grundlage für eine  
Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollte. Dem-  
entsprechend hat auch der Sachverständigenausschuss, die an der  
Durchführung der Londoner Empfehlungen mitgearbeitet  
haben, der vorläufigen Charakter aller dieser Maßnahmen  
festzuhalten. So heißt es in dem Stillhalte-  
abkommen, daß die Vertragsparteien die darin vorgesehene  
Regelung nur

„bis zur Verwirklichung einer dauerhafteren Lösung  
für das Problem der kurzfristigen Verschuldung  
Deutschlands getroffen haben“.

Ebenso schließt der Bericht des Baseler Sachverständigen-  
ausschusses mit der dringenden Mahnung an die

beteiligten Regierungen, „keine Zeit in der Ergreifung der  
notwendigen Maßnahmen zu verlieren, um eine Lage zu  
schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzu-  
führen, die Deutschland und damit der Welt die so dringend  
benötigte Hilfe bringen“.

In den letzten vergangenen Monaten hat sich die  
wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands  
aufs äußerste zugespitzt.

Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein  
bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise  
zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich  
in steigendem Maße klargeworden über den inneren Zu-  
sammenhang der verschiedenen durch die Krise hervorgerufenen  
finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie  
alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen.  
In den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am  
besten zu behandeln sei, ist lebhafte der Gedanke in den  
Vordergrund getreten.

Zunächst den beratenden Sonderausschuss einuberufen.  
Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung  
des beratenden Sonderausschusses von einem Antrage  
der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche  
Regierung zu diesem Antrage entschlossen, damit ihrer-  
seits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden  
gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffnen  
kann.

Nach dem Neuen Plan ist für diesen Antrag die Erklärung  
der deutschen Regierung erforderlich, daß sie in diesem  
Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währung  
und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen  
oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teiles der  
Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnte. In-  
dem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß  
sie zum Ausdruck bringen, daß

eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage  
nicht gerecht wird.

Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche  
und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutsch-  
land, durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert  
worden. Da der Neue Plan dem beratenden Sonderausschuss  
die Aufgabe zuteilt, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu  
prüfen, muß der Ausschuss das Problem in seiner Ge-  
samtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Fak-  
toren prüfen und hierbei insbesondere den berücksichtigen, daß  
die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands  
rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu  
geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die  
zwischen ausländischen Gläubigern und den deutschen Schuld-  
nern zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Bedrohungs-  
lage der betreffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die  
deutsche Regierung vor, daß der beratende Sonderausschuss  
unverzüglich zusammentritt und daß er seine Ar-  
beiten so schnell wie möglich erledigt, damit schon in nächster  
Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen  
stattfinden kann, die für die alsdann umfassenden Ent-  
scheidungen zuständig ist.

Weitere Meldungen dazu auf Seite 21

## Vor Abschluß der Pariser Ratstagung

Japan willigt in die Entsendung einer Kommission

Paris, 20. Nov. Die für Freitag vormittag anberaumte  
Sitzung des Völkerbundrates ist ausgefallen und durch  
eine Besprechung zwischen dem Vizepräsidenten Brian  
und dem amerikanischen Beobachter Dawes ersetzt worden.  
Gegen 5.30 Uhr nachmittags trat der Rat zu einer ge-  
schlossenen Sitzung zusammen.

Japan hat unter gewissen, im einzelnen noch nicht be-  
kannten Bedingungen der Entsendung einer Unter-  
suchungskommission des Völkerbundes zugestimmt und  
dem Rat eine schriftliche Erklärung darüber unterbreitet.

Nach dem in Moskoffen bestehenden Zustand soll der Unter-  
suchungsausschuss nicht auf Grund des Artikels 15 des  
Völkerbundesstatutes, sondern unter dem Artikel 11 nach der  
Wandlung der Zeit, da letzterer Artikel ihm größere  
Bewegungsfreiheit gewährt würde. Am Freitag  
bringt der Rat mit voller Zustimmung Deutschlands darauf,  
daß es im Kommissionsbericht möglichst rasch zu einem Waffen-  
stillstand kommt.

Im übrigen geht nach Meldungen die aus Schanghai  
kommen, der japanische Vormarsch im Norden weiter.  
Der chinesische General Maor grill am Donnerstag die  
Japaner an, wurde jedoch unter schweren Verlusten zurück-  
geschlagen. Die japanischen Flugzeuge, die die Chinesen nach  
der Schlacht um Tschifu verfolgten, haben immer wieder  
auf den Geirer nieder, um Ansammlungen und Reser-  
vierungen zu vernichten. An einzelnen Stellen setzen  
trotzdem die Chinesen hartnäckigen Widerstand und führen  
Gezähle an. Im Norden der japanischen Verbindungs-  
linien sollen die

Chinesen einen Frontkrenslies

führen. Die chinesische Empörung gegen die Japaner ist nach  
den letzten Ereignissen auf das Höchstmaß gestiegen. In  
Schanghai haben 15 000 chinesische Studenten eine  
Sammlung für einen Kriegsfonds einrichtet. Die Absichten  
des Präsidenten Tschingaischell sollen dahin gehen,  
ein nationales Verteidigungsheer von 2 Mil-  
lionen Chinesen ins Feld zu führen.

Nach wochenlangen Unterredungen zwischen dem deutschen  
Botschafter in Paris, v. Doellner, und dem französischen  
Außenministerium einerseits und dem französischen Bot-  
schafter in Berlin, François Poncet, und Bran-  
ning andererseits, nebst den unvermeidlichen Telefonaten  
zwischen Paris und Berlin, ist es jetzt zu dem deutschen  
Antrag auf Einberufung des „Beratenden  
Sonderausschusses“ bei der Baseler Tribut-  
konferenz gekommen. Die schwierigen Unterhandlungen, die zu  
dieser deutschen Aktion geführt haben, beweisen, daß es sich  
hierbei um eine schicksalsschwere Entscheidung Deutschlands  
handelt. Ursprünglich war Deutschlands Absicht, eine neue  
Tributkonferenz aller an dieser Frage interessierten Mächte  
einuberufen. Hierbei sollte vor allem die Frage des Ver-  
hältnisses der Tribute zu den Privatanzleihschulden Deutsch-  
lands geklärt werden. Unseres Erachtens hätten zu einer  
solchen Konferenz alle, auch die neutralen Staaten, ein-  
geladen werden müssen, die mit Deutschland in beachtlichen  
Handelsbeziehungen stehen. Denn die Weltwirtschaftskrise,  
deren ursächlicher Zusammenhang mit den Tributen ernst-  
haft nicht einmal mehr von Frankreich geleugnet werden  
kann, trifft alle Staaten. Sie alle haben deshalb auch ein  
Anrecht an einer Regelung der Tribute, die nach deutscher  
Auffassung nur in der völligen Abschaffung  
bestehen kann. Als im Juli dieses Jahres der Hooverplan  
Deutschland davor bewahrte, seine Zahlungsabstimmung selbst  
anzumelden zu müssen, und zwar ohne Rücksicht auf den lang-  
wierigen Mechanismus des Youngplans, da begriff die Welt  
anhand der Vorgänge, die damals sogar zur Einstellung  
des deutschen Bankverkehrs führten, sehr rasch, daß damit das  
Ende der Tribute herbeigefommen war. „Der Young-  
plan ist marodiert“, so konnte man immer und immer wieder,  
namentlich in der angelsächsischen und neutralen Presse  
lesen. Die weltwirtschaftlichen Vorgänge redeten eine zu  
deutliche Sprache. Und wenn in der Folge England und  
die skandinavischen Staaten die Goldwährung aufgeben  
mühten, so war das ein neuer Beweis, wie tief einschneidend  
die Auswirkungen der durch die Tribute heraufbeschworenen  
Weltkrise sind.

Velber vergißt unsere raschlebige Zeit auch die ernstesten  
Tatsachen allzu rasch. Frankreich, der letzte und größte  
Interessent an den Tributen, steht die Zeit gekommen, seine  
Ansprüche auf den verhängnisvollen Youngplan wieder an-  
zumelden. Es wird ihm leichter gemacht, als man ur-  
sprünglich vermuten sollte. Mit der „Einigung auf Deutsch-  
lands Kosten“ — wie es die englische Presse richtig be-  
zeichnete — zwischen Hoover und Caval begann der  
französische Feldzug für die Wiederbelebung des Young-  
plans. Wenn man auch annehmen darf, daß die Amerikaner  
mit dem Washingtoner Kommuniqué nicht dauernde Un-  
interessiertheit zeigen, sondern nur das Verbot des Dankeins  
den Franzosen übergeben wollten, um das offiziell sehr  
schweigsame Deutschland auch seinerseits zu einer Neuerung  
zu bewegen, so haben es doch die Franzosen vorzüglich ver-  
standen, den tatsächlichen Erfolg von Washington weiter aus-  
zubauen. Während die englische Öffentlichkeit das Er-  
gebnis dahin auslegte, daß Caval die Unverletzlich-  
keit des Youngplans zu sichern gewußt habe, er-  
klären die amtlichen deutschen Stellen, die Washingtoner Be-  
sprechungen hätten „die Grundzüge für die Bemühungen  
um Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ge-  
schaffen“.

Der zuerst erlebte Youngplan wird von Frankreich  
wieder als politische Realität in die Waagschale geworfen,  
weil die deutschen amtlichen Stellen im Gegensatz zu den  
Engländern die Zeichen der Zeit nicht begriffen haben. Noch  
wendet sich Mussolini gegen die Tribute, weil sie, wie er  
betont, das bolschewistische Chaos über Europa  
heraufbeschwören. Sogar die Kriesschuldfrage  
wirkt ein englischer Abgeordneter auf. Aber vergeblich, die  
deutschen führenden Männer schweigen in der Öffentlichkeit  
— und unterhandeln mit Frankreich. Wir begreifen  
noch immer nicht, daß wir von den Tributen nur loskommen,  
wenn wir unsere um ihre Gelder stützenden  
Privatanzleiher zu unseren Bundesge-  
nossen machen, niemals aber, wenn wir um Frankreichs  
Freundschaft werben. So läßt sich Deutschland, entgegen  
den Warnungen der übrigen Welt, von Frankreich auf den  
Youngplan zurückdrängen. Der Plan einer internationalen  
Tributkonferenz ist spurlos verschwunden, Deutschland ist  
bereit, den höchst unklaren Revisionweg des Youngplans  
zu beschreiten.

Danach soll auf Grund des Abschnittes 8c des Young-  
plans auf Antrag Deutschlands der sogenannte „Beratende  
Sonderausschuss“ der Baseler Tributank einberufen wer-  
den, wenn Deutschland in gutem Glauben zu dem Schluß  
kommt, daß seine Währung und sein Wirtschaftsleben durch  
den Transfer der ausstehenden Annuitäten ernstlich in  
Gefahr gebracht werden könnten“. Wir haben nunmehr auf  
Grund des Youngplans die Einberufung dieses Sonder-